



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zitzen, E. G.: Die Industrialisierung des Landes

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Industrialisierung des Landes

Von Dr. E. G. Zihen



Die Frage der Dezentralisation der Industrie bildete schon in Friedenszeiten ein oft erörtertes und vielumstrittenes Problem. Anlaß zu diesen Erörterungen bot die stetig fortschreitende Zusammenballung der Industrie an bestimmten Plätzen und der damit verbundene unaufhörliche Drang zur Großstadtentwicklung. Lange Zeit galt der Satz von der industriellen Anziehungskraft der Städte als ein Dogma, und in der Zeit der geringeren Ausbildung der Verkehrsmittel hatte dies auch seine gewisse Richtigkeit. Heute aber ist die Industrie nicht mehr naturnotwendig an die Großstadt gebunden. Wir haben heute durch ganz Deutschland ein ausgedehntes elektrisches Stromnetz und ein dichtes Eisenbahnnetz, das sich durch Angliederung von Anschlüssen bequem erweitern und verzweigen läßt. Ferner hat sich unsere Industrie von der Grobarbeit, die sich mehr an die Masse anlehnte, immer mehr zur Gewerbetunst, zur Kunstindustrie entwickelt. Infolge dieser Veränderungen hatte sich in den letzten Jahren hier und da auch schon eine merkliche Neigung zur Dezentralisation und zum Abbau der Großstadtbildung zugunsten des platten Landes und der Kleinstädte erkennen lassen. Die Staatspolitik ließ dieser Entwicklung ihre Unterstützung durch Ausbau von Nebenbahnen, durch Inangriffnahme von Kanalbauten, durch Verlegung von Garnisonen in Kleinstädte usw. Die Gefälle der Flüsse, die Stauung der Gebirgswässer, die Talsperren und ähnliche Anlagen suchte man zur Erzeugung billiger Betriebskräfte für industrielle Zwecke nutzbar zu machen. Manche Landgemeinden waren mit Eifer bestrebt, Industrien auf das Land hinüberzuziehen. In den Zeitungen fanden sich oft verlockende Angebote für industrielle Unternehmungen. Häufig wurden den Unternehmern auf dem Lande billige oder selbst unentgeltliche Bauplätze angeboten, vielleicht gar Steuerfreiheit für einige Jahre. In einigen ländlichen Gegenden haben sich sogar eigene Vereine zur Industrialisierung des Landes gebildet, so z. B. der Verein zur Industrialisierung der Gifel. Infolge der gebotenen Gelegenheiten haben einige Unternehmer ihren Betrieb bereits auf das Land hinaus verlegt, andere haben sich zur Ansiedlung von Zweigbetrieben auf dem Lande entschlossen.

Bei der Erörterung des Wiederaufbaues und der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege ist nun auch die vermehrte Dezentralisation als eine der nächsten Aufgaben unserer künftig in Angriff zu nehmenden

Friedenswirtschaft aufgestellt worden. Dabei wurde betont, daß die zu verlegenden oder neu zu begründenden industriellen Anlagen nicht so sehr in den Vororten der jetzt vorhandenen Großstädte untergebracht werden sollen, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß in den Großstädten die Tendenz vorhanden sei, die Vororte der zentralen Zusammenballung anzugliedern, was dann im Verlaufe weniger Jahre oder Jahrzehnte dahin führen würde, daß der ehemalige Vorort nicht nur hinsichtlich der Verwaltung, sondern auch bezüglich seiner Bevölkerungsdichtigkeit, der Entfernung von dem segensreichen Einflusse der freien Natur u. dgl. das Los der Großstadt teile. Auch sollte das Bestreben nicht dahin gehen, die Hungerindustrien in den kalkarmen schlesischen, sächsischen und thüringischen Gebirgen noch weiter zu vermehren. Es sollten vielmehr Industrieunternehmungen gerade in fruchtbaren Ackerbaugegenden mit hartem Trinkwasser angelegt werden.

Über die Industrialisierung des Landes sind nun allerdings die Ansichten sehr geteilt. Die einen begrüßen sie als eine willkommene und erfreuliche Entwicklung, andere dagegen erheben gegen die Verpflanzung der Industrie auf das Land grundsätzliche Bedenken und wollen das Land lieber davon verschont wissen. Für die Lösung des Problems wird es gewiß am besten sein, wenn man beide Parteien einmal zu Wort kommen läßt und den beiderseitigen Ansichten in unvoreingenommener Weise Gehör schenkt, um dann zu sehen, ob sich nicht auf einer mittleren Linie das Bestmögliche erreichen läßt.

Hören wir daher zunächst, welche Vorteile die Befürworter einer Industrialisierung des Landes sich von einer solchen Entwicklung versprechen. Vor allem wird es nach dem Kriege nötig sein, unsere Industrie möglichst konkurrenz- und leistungsfähig zu machen. Dies ist am ehesten möglich durch die Herabdrückung der Gestehungskosten. In vielen Fällen wird die Industrie auf dem Lande billiger arbeiten können. Von der Verlegung der Industrie auf das Land erhofft man eine Verringerung des Grund- und Gebäude- sowie des Lohnkontos. Der ländliche Bevölkerungsüberschuß bietet genügend tüchtige Arbeitskräfte, welche vielfach keine allzu hohen Löhne beanspruchen, und sie können auch mit einem geringeren Lohn dort eher zurechtkommen, weil das Leben auf dem Lande billiger ist und die meisten noch etwas Land und einen kleinen Viehbestand als Nebenerwerbsquelle ihr eigen nennen. Die fortdauernde Verteuerung der Lebenshaltung in den Städten dagegen führt zu immer weiteren Teuerungszulagen. Insbesondere sind auch die Wohnungsverhältnisse in der Stadt erheblich teurer; die Wohnung des städtischen Arbeiters nimmt allein etwa 20 bis 25 Prozent seines Verdienstes weg.

Gleichzeitig hofft man mittelst der Industrialisierung eine Hebung der ländlichen Gemeinden und eine günstigere wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung derselben herbeiführen zu können. Bisher zogen gerade die steuerkräftigsten Bewohner des Landes immer wieder zur Stadt, wo niedrigere Kommunalsteuerzuschläge erhoben werden, und wo etwas für das Geld, das man

der Steuerbehörde abgeliefert, geboten wird, wie höhere Schulen, gute Verkehrseinrichtungen, billige Beleuchtung, Wasserleitung, Unterhaltung, und was sonst noch das Leben angenehm macht. Auch Beamte und Lehrer, sammelten auf dem Lande Dienstjahre, um sich, so bald als möglich, in die größeren Städte versetzen zu lassen. Mittelft einer Industrialisierung des Landes wird es allmählich möglich werden, dem Leben auf dem platten Lande wenigstens einigermaßen die das großstädtische Leben auszeichnenden Vorteile zu verschaffen. Nicht gering wird die Wirkung sein, wenn man die Bildungsmittel, die den Bewohnern der Groß- und Mittelstädte zur Verfügung stehen, dem Lande zugänglich zu machen sucht durch Gründung von Fortbildungsschulen und Bibliotheken, durch Veranstaltung von allgemeinverständlichen wissenschaftlichen Vorträgen usw.

Insbesondere erhofft man von der Industrialisierung des Landes auch eine Hemmung der Landflucht der breiten Massen. Gerade die tüchtigsten und gesündesten Arbeitskräfte waren es bisher immer, welche das Land verließen. Die Landflucht wurde um so größer, je mehr sich die Landwirtschaft zum Saisongewerbe entwickelte und es vornehmlich in der Winterzeit auf dem Lande an Beschäftigung mangelte. Das Vorhandensein einer Industrie würde es für die Leute unnötig machen, nach auswärts auf Arbeit zu gehen. Für viele würde die Industriebeschäftigung eine wertvolle Ergänzung und Stütze des ländlichen Kleinbesitzes bedeuten. Die Heiratsgelegenheiten würden sich vermehren und damit eine willkommene Gelegenheit zur Hebung der Geburtenziffer erreicht werden. Auch aus gesundheitlichen Gründen wäre die Dezentralisation der Industrie mehr zu wünschen als die Industriebäufung in den Großstädten mit all ihren Nachteilen. Die Dezentralisation auf dem Lande ermöglicht einen gesundheitlich günstigen Wechsel zwischen Industrie- und Landarbeit. Auf dem Lande können die Leute ein Eigenhaus erwerben oder doch ein Einfamilienhaus mieten, sie können einen Garten haben und mit der Natur leben. Der Wechsel zwischen Arbeit in geschlossenen Räumen und Arbeit im Freien erhält die Leute gesund.

Auch manche Landwirte versprechen sich von einer Industrialisierung des Landes große Vorteile. Sie erhoffen von der Industrialisierung einen gesteigerten Absatz und bessere Preise für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Die Industrie würde die Werte der Güter erhöhen; durch Abverkauf von Grundstücken würde eine willkommene Gelegenheit geboten, Schuldschulden abzutragen oder den Betrieb intensiver zu gestalten. Die Ansiedlung von Industrien bringt den Fortschritt mit sich. Dies würde sich auch der Landwirtschaft mitteilen und anregend auf die Vervollkommenung der Produktion und auf die Intensivierung der Betriebe einwirken.

Neben diesen Befürwortern der Dezentralisation der Industrie gibt es allerdings auch Gegner der Industrialisierung des Landes, die besonders in manchen Kreisen der Landwirtschaft zu finden sind. Da die Lösung

des in Frage stehenden Problems auch von deren Meinung und Bereitwilligkeit abhängig ist, mögen auch sie hier zu Worte kommen. Sie äußern ihre Bedenken hauptsächlich in folgender Weise: Vor allem würde die Industrialisierung ein weiteres Steigen der Löhne und ein Entziehen der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zur Folge haben. Die Arbeiter würden sich allmählich immer mehr der Industriearbeit zuwenden, sich ihr auf die Dauer vollständig hingeben und keine Neigung mehr zur Arbeit in der Landwirtschaft zeigen. Soziale und gesundheitliche Nachteile würden sich um so mehr ergeben, je mehr auch die Frauen der Fabrikarbeit sich zuwenden würden. Je ausgedehnter die Fabrikarbeit würde, um so eher könnte eine Überanstrengung infolge der zwiefachen Tätigkeit in der Fabrik einerseits und in der Hauswirtschaft und im ländlichen Nebenbetrieb andererseits eintreten, und diese Überanstrengung könnte sich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen und Kindern zeigen.

Die mit der Industrialisierung auftretende Bodenzerstückelung würde eine noch weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen Arbeiternot zur Folge haben. Die auf dem Lande lebenden Industriearbeiter, die an ländliche Arbeit gewohnt sind, bewirtschaften lieber eigenes oder gepachtetes Land in ihrer freien Zeit und sind als Hilfskräfte für die Landwirtschaft verloren. Damit würde gleichzeitig ein Verlust an Konsumenten eintreten. Die landwirtschaftlich im Nebenberuf tätige industrielle Arbeiterschaft wird bezüglich der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom fremden Bedarf unabhängig. Diese Arbeiter kommen für die von ihnen selbst erzeugten Produkte für die Landwirtschaft als Abnehmer nicht mehr in Betracht, sie werden vielmehr in vielen Fällen deren erfolgreiche Konkurrenten. Schließlich würden auch die Werkskonsumvereine, die z. B. Kartoffeln für ihre Arbeiter in großen Mengen von fernerher bezögen, sowie die industriellen Mästereien usw. der Landwirtschaft am Orte eine empfindliche Konkurrenz bereiten können.

Vor allem befürchtet man in landwirtschaftlichen Kreisen von dem Vordringen der Industrie eine allmähliche Verdrängung des landwirtschaftlichen Kulturbodens sowie der Landwirtschaft überhaupt. Die Wertsteigerung des Grund und Bodens wäre vielfach der Landwirtschaft gar nicht zugute gekommen, sondern den Spekulanten, die vorzeitig das Gelände weggekauft hätten. Anderswo hätten die den Boden augenblicklich besitzenden Landwirte von der Industrialisierung wegen des besseren und lohnenden Absatzes und wegen der Aussicht auf späteren gewinnbringenden Verkauf an Grundstücksinteressenten zwar erhebliche Vorteile, aber kein anderer Landwirt wird angesichts der Bodenpreissteigerung mehr daran denken können, diesen Boden als landwirtschaftlich zu nutzenden Boden käuflich zu erwerben. Der Landwirt, der seinen Hof veräußert, um der Industrie Platz zu machen, verwendet sein Kapital nicht, um sich wieder in anderer rein ländlicher Gegend anzukaufen, sondern er wendet sich meist der Industrie zu, die ihm eine gute Verzinsung des Anlagekapitals bietet. Den

Landwirt, der verkauft hat, drängt es in die Stadt. Er wird sich auch nicht dazu verstehen, ein Gut im Industriegebiet wieder zu erwerben, denn bei den durch die Industrialisierung gesteigerten Bodenpreisen kann der rein landwirtschaftliche Betrieb dort keine Rente mehr gewährleisten. In industrialisierten Landgegenden würde der Boden Phantastepreise bekommen sowohl infolge der Aufkäufe der Spekulanten, wie auch infolge des Landhungers der kleinen Leute. Die Bodenzerstückelung würde überhand nehmen. Infolgedessen würde allmählich ein Zurückdrängen und eine Schwächung des selbständigen Bauernstandes stattfinden.

Manche Landwirte befürchten von dem Vordringen der Industrie auch eine Schwächung ihres Einflusses und eine Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Interessen in gemeindlichen Angelegenheiten. Die Industrie bringt ein ganz anderes Leben mit sich. Die Unternehmer bringen vielfach schon einige fremde Arbeiter von auswärts mit. Diese sollen den Arbeitskräften, die man vom Lande für die Fabrik zu gewinnen hofft, die technischen Anfangsgründe und die notwendigen Handgriffe beibringen. Diese Leute von auswärts sind jedoch meist in Arbeiterverbänden und Gewerkschaften organisiert. Mit den ihnen beigegebenen und öfters von ihnen abhängigen Arbeitern vom Lande sind sie jetzt täglich in der Fabrik in engster Verührung und wissen diesen bald offen, bald versteckt ihre mitgebrachten Ideen näherzubringen. Das nahe Zusammenarbeiten befördert den Gedankenaustausch. Die landwirtschaftliche Beschäftigung bringt Vereinsamung und Ruhe mit sich. Sie drängt zu konservativem Denken. Die einförmige Fabrikarbeit wirkt ganz anders auf den Menschen ein. Sie bedingt ein verändertes und gesteigertes Vergnügungsbedürfnis. Gleichzeitig bringt die Industrie mehr bares Geld in den Ort, wodurch den Neuerungen und Vergnügungen Vorschub geleistet wird.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß infolge der industriellen Entwicklung für die landwirtschaftlichen Gemeinden unter Umständen infolge des Zuzugs von Arbeitern auch finanzielle Belastungen entstehen könnten, und zwar durch Steigerung der Schullasten, der Lasten für Armenpflege, Kirche, Polizei, Begebauten usw. Wenn das industrielle Unternehmen reichlichen Gewinn abwirft, können sich die Landgemeinden ja auf Grund des Besteuerungsrechtes finanziell entschädigen; aber die Sache steht um so schlimmer, wenn das Werk nachweist, einstweilen keine Reineinnahmen zu erzielen, wie es besonders anfangs häufiger der Fall ist. Für diese industrialisierten Landgemeinden ist auch die letzte Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz von Schaden. Nach dieser Novelle vom 30. Mai 1908 wird bekanntlich der Unterstützungswohnsitz statt früher in zwei Jahren nach zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahre jetzt schon in einem Jahre nach zurückgelegtem sechszehnten Lebensjahre erworben. Die Novelle sollte die Städte, in welche die Landbevölkerung abzieht, früher belasten, damit der Landgemeinde nicht so viele Abgewanderte später als Arme wieder zur Last fallen. Sobald die Industrie sich auf dem Lande breit macht, liegt die Sache aber wieder umgekehrt, indem das Land wieder eher belastet wird.

Einen großen Schaden für die Landwirtschaft bedeute auch die starke Staub-, Rauch- und Rußentwicklung, die Industrie und Verkehr meist mit sich bringe und die einen äußerst nachteiligen Einfluß auf das Gedeihen der Pflanzen, auf Obst- und Gemüsegärten, auf Wiesen und Weiden ausübe. Einen besonders verderblichen Einfluß auf die Vegetation hat die beim Verbrennen der schwefelhaltigen Steinkohle sich bildende Säure. Die schädlichen Stoffe werden vom Vieh und vom Wild aufgenommen und führen leicht zu Darmkrankheiten und sonstigen Krankheitserscheinungen. Ferner könnten die industriellen Abwässer der Landwirtschaft manchen Schaden bereiten. Schließlich würde auch noch das Landschaftsbild und die Schönheit der Natur durch die Industrie oft erheblich verunstaltet.

Man sieht also, daß die Meinungen über die Vorzüge der Industrialisierung des Landes noch recht geteilt sind, jedoch wird sich zwischen den sich oft widerstreitenden Ansichten wohl in vielen Fällen ein Ausweg und ein Ausgleich finden lassen. Manche Bedenken sind vielleicht übertrieben oder lassen sich bei genügender Berücksichtigung aller Verhältnisse leicht zerstreuen. Im Einzelfalle wird ja sowieso alles von den örtlichen Vorbedingungen abhängig gemacht werden müssen. Wie z. B. ein Ausgleich zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Interessen herbeigeführt werden kann, zeigt der Vorschlag von Meline („Die Rückkehr zur Scholle und die industrielle Überproduktion“). Meline geht von der Tatsache aus, daß es heute zahlreiche Industrien gibt, die mit einer toten Jahreszeit zu rechnen haben, während der die Bestellungen langsamer eingehen oder auch wohl aufhören. Wird in solcher Zeit mit Wolldampf weitergefahren, so häufen sich die Vorräte immer mehr, wachsen schließlich zu großen Beständen an, und diese Überproduktion führt dann leicht zu schlimmen Krisen. Diesen Gefahren könnte man vorbeugen, wenn man sich entschloße, eine schmiegsamere und dehnbarere Regelung der Arbeitszeit vorzunehmen. Meline schlägt daher Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor, auf Grund deren den Arbeitern gestattet sein soll, in der Jahreszeit, wo die besonders anstrengenden und zugleich unaufschiebbaren ländlichen Arbeiten die Tätigkeit des Arbeiters in Anspruch nehmen (also in der Zeit, wo gepflügt, gesät und geerntet werden muß), zeitweilig die Fabrikarbeit zu unterbrechen, um sich ausschließlich den landwirtschaftlichen Beschäftigungen widmen zu können. Auf diese Weise käme einerseits die Landarbeit zu ihrem Rechte, und andererseits würde auch für die Industrie in sehr vielen Fällen eine zeitweilige Entlassung ihrer Arbeiter insofern erwünscht sein, als die Notwendigkeit, zwecks Erhaltung eines zuverlässigen geschulten Arbeiterpersonals auch bei Geschäftsflaute immer weiter zu produzieren, auf diese Weise vermieden oder wenigstens erheblich eingeschränkt werden könnte.

Die Bedenken, die gegen eine Industrialisierung des Landes hauptsächlich geltend gemacht werden, stützen sich vielfach auf wenig erfreuliche Erfahrungen, die man in verschiedenen bereits industrialisierten Landgemeinden gemacht hat.

Daß es heute manche ländliche Industrieorte mit unerquicklichen Zuständen gibt, liegt in der Hauptsache daran, daß man es an einer zeitigen Vorsorge hat fehlen lassen und nicht nach einem bestimmten wohlermogenen Plan vorgegangen ist. Von vornherein ist zu sagen, daß nicht jede Industrie in jede ländliche Gegend hineinpaßt. Warum sollte es nicht möglich sein, ungeeignete Industrien fernzuhalten oder an einen Ort zu verweisen, der für das Unternehmen passender ist? Das unregelte „freie Spiel der Kräfte“ müßte ersetzt werden durch eine planmäßige industrielle Ansiedlungspolitik. Um der so oft beklagten Verschandelung des Ortsbildes vorzubeugen, wäre beizeiten ein technisch und künstlerisch befriedigender Bebauungsplan und eine zweckentsprechende Bauordnung zu entwerfen. Es müßte eine weitstichtige Bodenpolitik betrieben werden. Die für die Ansiedlung erforderlichen Grundstücke wären rechtzeitig anzukaufen und alsdann so zu verwerten, daß die Preistreibereien der Spekulanten verhütet werden und der Wertzuwachs nach Möglichkeit der Gesamtheit der Ortsbewohner zugute kommt.

Um diese Ziele zu erreichen, tritt besonders auch Dr. Hans Kampffmeyer in seiner Schrift „Die Entwicklung eines modernen Industrieortes“ für die Schaffung besonderer Organisationen für Industrieansiedlung ein. Man könnte hier anknüpfen an die Organisationen, die es bereits für die landwirtschaftliche Innenkolonisation gibt. Die landwirtschaftliche Innenkolonisation wird bekanntlich betrieben von staatlichen Instituten (Ansiedlungs- und Generalkommissionen), von privaten Gesellschaften (wie die Landbank) und von gemeinnützigen Kolonisationsgesellschaften (wie die Pommerische Ansiedlungsgesellschaft). In ähnlicher Weise wären auch eigene Organisationen für Industrieansiedlung einzurichten. Der preussischen Ansiedlungskommission würde eine „Kommission für Industrieansiedlung“ entsprechen. Dies wäre eine staatliche Behörde mit genügenden Geldmitteln und einem Stab von erfahrenen Beamten. Neben einigen Verwaltungsbeamten müßten ihr technische Fachleute, Architekten sowie Spezialisten für industrielle Geländeausschließung angehören. Um ferner die gesundheitschädlichen Einflüsse der Fabriken innerhalb der neuen Siedlungen möglichst herabzumindern, sollte in der Kommission auch ein Hygieniker Sitz und Stimme haben. Auch eine Reihe von Ansiedlungspraktikern müßten berufen werden, die sich insbesondere auf den Geländelauf verstehen. Damit die Kommission in enger Fühlung mit dem Wirtschaftsleben bleibt, das sie zu fördern bestimmt ist, wäre es zweckmäßig, in den einzelnen Provinzen oder Bezirken Ausschüsse aus den interessierten Kreisen zu bilden, also aus Industriellen, Landwirten, Gemeindevertretern, Arbeitervertretern, Vertretern der Genossenschafts- und Gartenstadtbewegung, des Vereins für ländliche Wohlfahrt- und Heimatpflege usw. Die Aufgaben der Kommission für Industrieansiedlung wären hauptsächlich folgende: 1. sie müßte alles Material, daß auf die Siedlungsfrage Bezug hat, sammeln und bearbeiten; 2. sie müßte die Projekte begutachten, die von Seiten der Behörden und der Privaten erdacht werden;

3. sie würde eine Art Auskunftsstelle für Industrieansiedlung bilden. Die Kreise, Bezirke, Gemeinden und Privatleute, die sich für Ansiedlung interessieren, könnten hier ihr Material niederlegen, und die Fabrikanten, die die Verlegung oder Neugründung eines Betriebes planen, könnten sich hier leicht und sicher orientieren; 4. die wichtigste Aufgabe der Kommission wäre die Schaffung neuer Industriefiedlungen. Dadurch, daß alle Fäden, die sich an industrielle Ansiedlungsprojekte knüpfen, in der Kommission zusammenlaufen, die mit allen beteiligten Kreisen in reger Fühlung steht, kann sie sich besser und eher als irgendein anderer Klarheit darüber verschaffen, wo die Gründung neuer Industriefiedlungen zweckmäßig und notwendig ist.

Wie bei der landwirtschaftlichen, so könnten auch bei der industriellen Innenkolonisation Erwerbsgesellschaften und gemeinnützige Organisationen tätig sein. Es könnte z. B. Erwerbsgesellschaften, die sich ebenso wie die erwähnte Landbank einer behördlichen Kontrolle unterwerfen, billiger staatlicher Kredit zugestanden werden. Die Kontrolle hätte sich auf die Regelung der Gemeindeverhältnisse, auf den Verkaufspreis des Geländes und auf die Verkaufsbedingungen zu erstrecken. Noch wichtiger als die Innenkolonisation durch Erwerbsgesellschaften wäre vielleicht die von gemeinnützigen Organisationen. Ähnlich wie durch Gutsbesitzer die Pommerische Ansiedlungsbank gegründet wurde, um die Schädigungen der privaten Güteraufteilung zu beseitigen, so sollten sich auch die Industriellen zusammenschließen, um mit gemeinsamen Mitteln die Schaffung mustergültiger Industriefiedlungen zu fördern. Derartige private Ansiedlungsgesellschaften hätten gegenüber dem etwas schwerfälligen Apparat einer staatlichen Ansiedlungskommission den Vorteil der größeren Beweglichkeit. Bei genügendem Interesse ließe sich so ein Zusammenarbeiten zwischen dem Staat bzw. der erwähnten staatlichen Kommission und privaten und gemeinnützigen Gesellschaften in der Form denken, daß sich der Staat mit einem bestimmten Kapital beteiligt und sich dadurch einen entsprechenden Einfluß sichert. Dadurch würde die Kapitalbeschaffung erleichtert, der die Beweglichkeit lähmende bureaukratische Geist würde ferngehalten, und der Staat hätte weitgehende Garantien dafür, daß die Gemeinnützigkeit erhalten, also das allgemeine Interesse gewahrt bleibt.

